

## KONJUNKTURREPORT

23. Jg., Ausgabe 4, Dezember 2023

### Konjunktur in Österreich weiterhin schwach

Die **Weltwirtschaft** hat im Sommer leicht expandiert. Dies ist auf kräftige Zuwächse in den größten Volkswirtschaften USA und China zurückzuführen, während die Konjunktur in der EU und in Japan schwach blieb. Einer nachhaltigen Belebung der Weltwirtschaft stehen die geldpolitische Straffung in vielen Regionen, die hohen Energiepreise und strukturelle Probleme in China im Wege. Der Welthandel ist im August und September im Monatsvergleich gestiegen, aber im dritten Quartal insgesamt gesunken und nun schon seit vier Quartalen rückläufig. Die Inflation geht weiter zurück, aber nur langsam. Im Durchschnitt der OECD-Länder sank die Gesamtinflation im Oktober auf 5,6 %, das waren 5 Prozentpunkte weniger als im Oktober 2022. Dabei sanken die Energiepreise zuletzt um 4,8 %, während die Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel um 6,5 % zulegten. In allen großen Wirtschaftsräumen ist diese Kernrate der Inflation noch deutlich über dem Inflationsziel, sodass die Zinsen wohl noch längere Zeit hoch bleiben werden.

In den **USA** legte das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal kräftig um 1,2 % zu. Maßgeblich war der robuste Konsum. Trotz der Zinserhöhungen stiegen auch die privaten Wohnbauinvestitionen erstmals seit dem Winter 2021 wieder. Auch in **China** beschleunigte sich das Quartalswachstum und erreichte im Sommer 1,3 %. Der private Konsum wurde deutlich ausgeweitet, wozu die Aufhellung der Arbeitsmarktlage beigetragen hat. Zudem stützten regulatorische und geldpolitische Lockerungen den Wohnimmobilienmarkt. In **Japan** ging die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,5 % zurück. Dafür waren vor allem die Anlageinvestitionen und die Lagerbestandsveränderungen verantwortlich. Im **Vereinigten Königreich** stagnierte das BIP im dritten Quartal, wobei die Schwäche viele Wirtschaftsbereiche betraf, auch wegen Streiks im Gesundheitsbereich, bei der Bahn und im Bildungswesen. In der **EU27** stagnierte das reale BIP im Sommer, wie bereits im zweiten Quartal. Im **Euroraum** ging die Wirtschaftsleistung um 0,1 % zurück, nach einem Anstieg um 0,2 % im Frühjahr. Unter den vier größten Volkswirtschaften ging das saisonbereinigte BIP in Deutschland im dritten Quartal um

0,1 % zurück, in Italien stagnierte es. Frankreich (0,1 %) und Spanien (0,3 %) verzeichneten Zuwächse der Wirtschaftsleistung.

In **Österreich** ging das BIP gemäß einer Schnellschätzung im dritten Quartal um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zurück, nachdem es im bereits im zweiten Quartal um 0,8 % gesunken war. Der private und der öffentliche Konsum gingen mit 1,0 % bzw. 1,3 % kräftig zurück. Auch die Bruttoanlageinvestitionen sanken. Dagegen erhöhten sich die Exporte und die Importe mit 2,4 % bzw. 2,5 % stark. Bei den Exporten gab es wohl zeitliche Verschiebungen, denn im zweiten Quartal waren sie um 2,4 % gesunken. Auf der Entstehungsseite verringerte sich die Wertschöpfung in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (freiberufliche, wissenschaftliche, technische und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) sowie im Bauwesen besonders stark. Auch das Verarbeitende Gewerbe blieb in der Rezession. Im zusammengefassten Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie stieg die Wertschöpfung leicht, in den sonstigen Dienstleistungen (vor allem Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte) recht kräftig.

Für die Bundesländer stehen derzeit Produktionsdaten bis August, für Österreich insgesamt bis September 2023 zur Verfügung. Im Durchschnitt der ersten acht Monate ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 2,0% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen, während sie in ganz Österreich um 0,5 % zurückging. Im Jahresverlauf zeigt sich aber auch in Kärnten eine deutliche Abschwächung. So war die Produktion im Juli um 9 % und im August um knapp 13 % niedriger als im Vorjahr. Die Bauproduktion erhöhte sich in Kärnten im Durchschnitt der Monate Jänner bis August um 2,8 %. Einem Anstieg um 3,4 % im Hochbau stand ein Rückgang um 1,9 % im Tiefbau gegenüber. Im August ging die Bauproduktion sowohl im Vorjahresvergleich als auch gegenüber dem Vormonat kräftig zurück. In ganz Österreich erhöhte sich die Bauproduktion im selben Zeitraum um 0,6 % (Hochbau: 0,4 %, Tiefbau: 1,9 %). Die Energieversorgung konnte in den ersten acht Monaten die Produktion in Kärnten um 0,8 % und im Bundesdurchschnitt um 4,8 % steigern.

Klaus Weyerstraß

## Konjunkturprognose für Kärnten

Diese Prognose basiert auf der Herbst-Prognose des IHS Wien.<sup>1</sup> Dort wird für Österreich ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,4 % im Jahr 2023 erwartet, gefolgt von einer Zunahme um 0,9 % im kommenden Jahr. Im Einklang mit dieser bundesweiten Entwicklung dürfte die reale Wirtschaftsleistung in Kärnten im heurigen Jahr um 0,5 % zurückgehen und im Jahr 2024 um 1,0 % zulegen (Tabelle 1).

Die Industrie befindet sich in Österreich, wie auch beim wichtigsten Handelspartner Deutschland, in der Rezession. Die energieintensiven Wirtschaftsbereiche leiden unter den hohen Energiepreisen und haben ihre Produktion deutlich gedrosselt. Aber auch die anderen Industriebranchen entwickeln sich gedämpft, insbesondere infolge der globalen Konjunkturschwäche. Im kommenden Jahr sollte eine moderate Belebung der Weltwirtschaft die österreichische und die Kärntner Industrie stützen (Tabelle 2). Ungünstiger ist die Situation in der Bauwirtschaft, wo die starken Steigerungen der Baupreise in den vergangenen Jahren und die kräftigen Zinssteigerungen vor allem den Wohnbau belasten. Einzig der öffentliche Bau stützt hier die Produktion. Bei den konsumnahen Dienstleistungen drückt der Kaufkraftentzug aufgrund der hohen Inflation die Nachfrage. Mit der nachlassenden Teuerung ist hier im kommenden Jahr mit einer Belebung zu rechnen.

Die Konjunkturschwäche macht sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Beschäftigung steigt, aber nur noch wenig. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Oktober 2023 nahm die Zahl der Beschäftigten in Kärnten um 0,6 % zu, sodass für den Jahresdurchschnitt eine Zunahme um 0,5 % erwartet wird (Tabelle 3). Im produzierenden Bereich wird wohl in beiden Prognosejahren die Beschäftigung nur wenig steigen, insbesondere in der Industrie und am Bau. Im Bereich Beherbergung und Gastronomie machen sich noch die Nachwehen der Corona-Pandemie bemerkbar. Nach Aufhebung der Beschränkungen war hier die Beschäftigung im vergangenen Jahr kräftig gestiegen. Dieser Effekt fällt nun weg. Die Arbeitslosigkeit wird aber nur wenig zunehmen. Dass die Arbeitslosenquote mit 7,1 % konstant bleiben dürfte, liegt daran, dass die Erwerbsbevölkerung in Kärnten nicht mehr steigt. Deswegen und um einem künftigen Fachkräftemangel zu begegnen, scheinen viele Unternehmen bestrebt zu sein, ihre Belegschaft zu halten, was den Einfluss der Konjunkturschwäche auf den Arbeitsmarkt begrenzt.

**Tabelle 1: Zentrale Prognoseergebnisse für Kärnten**

	2022	2023	2024
Bruttoregionalprodukt, nominell (Veränderung in %)	10,3	6,0	6,5
Bruttoregionalprodukt, real (Veränderung in %)	4,2	-0,5	1,0
Beschäftigung (Personen)	217.655	218.640	219.940
Beschäftigung (Veränderung in %)	2,6	0,5	0,6
Arbeitslose (Personen)	16.997	17.000	17.350
Arbeitslose (Veränderung in %)	-18,9	0,0	2,0
Arbeitslosenquote (in %)	7,1	7,1	7,1

Quellen: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS, ab 2023 (Bruttoregionalprodukt ab 2022): Prognose des KIHS

**Tabelle 2: Veränderung der realen Bruttowertschöpfung (in %) nach Wirtschaftsbereichen**

	2022	2023	2024
Wirtschaftsbereiche insgesamt	4,3	-0,5	1,0
Land- u. Forstwirtschaft; Fischerei	7,4	-1,7	0,9
Produzierender Bereich	-1,1	-1,4	0,8
Herstellung von Waren	-3,1	-1,2	1,0
Bau	0,9	-1,1	-0,6
Dienstleistungen	7,5	0,0	1,2
Handel	5,8	0,2	0,8
Gastgewerbe	-4,6	0,4	0,4
Sonstige Dienstleistungen	9,0	-0,1	1,3

Quellen: Statistik Austria, Prognose des KIHS

**Tabelle 3: Veränderung der Beschäftigung (in %) nach Wirtschaftsbereichen**

	2022	2023	2024
Wirtschaftsbereiche insgesamt	2,6	0,5	0,6
Land- u. Forstwirtschaft; Fischerei	1,9	-0,5	0,7
Produzierender Bereich	2,5	0,7	0,7
Herstellung von Waren	3,1	0,6	0,7
Bau	1,0	0,0	0,0
Dienstleistungen	2,7	0,4	0,6
Handel	2,3	0,6	0,6
Gastgewerbe	11,9	0,7	0,2
Sonstige Dienstleistungen	1,7	0,3	0,6

Quellen: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ab 2023: Prognose des KIHS

Klaus Weyerstraß

<sup>1</sup> Bonin, H., Ertl, M., Fortin, I., Grozea-Helmenstein, D., Hlouskova, J., Hofer, H., Koch, S. P., Kunst, R. M., Reiter, M., Schröter, F., Weyerstraß, K. (2023),

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024. Auf milde Rezession folgt verhaltener Aufschwung.

## Kommentar: Higher for longer

Man sagt oft, dass die besten Dinge im Leben gratis sind. Für Geld gilt das zum Glück nicht mehr. Viele Jahre lang hielten die größten Zentralbanken der Welt den Preis des Geldes, d.h. den Zinssatz, mehr oder weniger bei null. Geld war in dieser Zeit de facto doch gratis. Allerdings zeigen sich die hohen Kosten des billigen Geldes immer deutlicher. „Zirp“, die „zero-interest rate policy“, war charakterisiert durch zunehmende Marktkonzentration, lauwarmes Wirtschaftswachstum, geringes Produktivitätswachstum und zunehmende Ungleichheit. Die Anhebung der Leitzinsen zur Bekämpfung der Inflation und die Aussicht auf eine längere Phase höherer Zinsen („higher for longer“) wird schmerzhaft Anpassungen mit sich bringen.

Es besteht aber auch die Aussicht, dass höhere Zinsen letztendlich zu einer produktiveren, gerechteren und resilienteren Wirtschaft führen werden. In der Theorie sollte Zirp wegen billigerer Kredite Konsum und Investitionen fördern, aber die Theorie hat sich in der Praxis nicht bewährt. So ist nur schwer ein Zusammenhang zwischen niedrigen Zinsen und höherem Wirtschaftswachstum zu identifizieren. Es gibt Studien, denen zufolge höhere Zinsen mit höherem Wirtschaftswachstum einhergehen.

Billiges Geld kann das Wachstum untergraben indem es die Wirtschaft weniger effizient macht. Je höher die Kosten des Geldes sind, desto sorgsamer geht man damit um und überlegt sich genauer, wofür es verwendet werden soll. Kostet es nichts, besteht die Gefahr, dass unproduktive Projekte finanziert werden, die zur „Zombifizierung“ der Wirtschaft führen und notwendige Anpassungen der Wirtschaftsstruktur verhindern können. Damit verbunden ist oft ein hohes Ausmaß an Spekulation, wie man sie im Immobilienbereich, bei Meme-Aktien und bei Krypto-Anlagen erkennen kann. Gerade im Immobilienbereich führten Nullzinsen zu einem drastischen Anstieg des Preisniveaus, von dem vor allem wohlhabende Haushalte profitieren, die bereits Immobilien besitzen. Erwerb von Wohneigentum wird primär dadurch für immer mehr Menschen unmöglich.

Die Rückkehr zu höheren Zinsen wird mit weitreichenden Auswirkungen verbunden sein. Nicht nur Unternehmen und Private müssen mehr für Kredite bezahlen, auch Regierungen erkennen gerade, dass ein immer größerer Anteil der Staatseinnahmen für Zinszahlungen auf ihre in der Vergangenheit angehäuften Schulden verwendet werden muss. Nach der Finanzkrise stiegen die Schulden der öffentlichen Hand in den industrialisierten Staaten auf das höchste Niveau seit 1946, und seit der Pandemie sind sie – relativ zum BIP – am Höchststand seit den Napoleonischen Kriegen. Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen hängt nicht nur vom Zinssatz ab,

sondern auch vom Wirtschaftswachstum. Ist es höher als der Zinssatz auf die Staatsschulden, sinken diese relativ zum BIP. Die Regierung kann sich sogar höher verschulden und gleichzeitig die Schuldenquote konstant halten. Bei Nullzinsen ist das „Herauswachsen aus den Schulden“ keine Kunst, beim aktuellen Zinsniveau jedoch eine Herausforderung.

Angesichts der demographischen Entwicklung, der geopolitischen Spannungen und der Klima- und Biodiversitätskrise dürften die Schuldenquoten in zahlreichen Ländern nur den Weg nach oben kennen. Spätestens wenn die Refinanzierung der Schulden ansteht, wird „higher for longer“ Regierungen zu einer verantwortungsvolleren Budgetpolitik als bisher zwingen. Länder wie die Schweiz, die dank einer Schuldenbremse die öffentlichen Finanzen im Griff haben, können die Herausforderungen mit mehr Zuversicht angehen, und überschuldete Staaten werden erkennen müssen, dass die Realität zurückschlägt.

Der „Carinthia-Keynesianismus“ der Landesregierung, die Verschuldenspraxis in Anlehnung an den Austro-Keynesianismus zur Zeit Kreis-Kys, wird sich als Irrweg erweisen. Das für 2024 geplante Budgetdefizit ist in der Größenordnung des niederösterreichischen, wobei allerdings das Haushaltsbudget Niederösterreichs zweieinhalb mal so groß und das Bruttoregionalprodukt fast dreimal so groß ist wie jenes Kärntens. Die vermeintlichen „Zukunftsinvestitionen“, mit denen das exzessive Defizit gerechtfertigt wird, können nicht als Argument verwendet werden, weil der Großteil der Landesausgaben keinen investiven Charakter hat und damit nicht zur Nachhaltigkeit beiträgt, wozu sich die Regierungsparteien in ihrem Regierungsübereinkommen verpflichtet haben („jeder künftige Regierungssitzungsakt muss den Nachhaltigkeitszielen entsprechen“). Aber selbst bei den Investitionsprojekten ist nicht klar, ob sie bei höheren Finanzierungskosten (Zinsen) den erhofften Return on investment, die gesellschaftliche Rendite, abwerfen werden. Der Flughafen Klagenfurt bietet sich diesbezüglich als Fallstudie an, ebenso Skigebiete, die subventioniert werden, um dann doch zuzusperren. Der Hinweis des Landeshauptmanns auf noch höhere Defizite zur Zeit früherer Regierungen ist eine billige Ausrede für die Einfallslosigkeit der eigenen Finanzpolitik.

Politiker wollen gewählt und dann wiedergewählt werden; sie geben Geld aus, das ihnen nicht gehört und wofür sie nicht haften. Das ist die Mutter aller Fehlanreize. Es wundert mich, dass bei einem solchen Budgetdefizit kein Aufschrei durch das Land geht. Ich würde mir erwarten, dass sich vor allem junge Leute vor dem Amt der Landesregierung festkleben und gegen den Schuldentrucksack protestieren, der ihnen von einer vermeintlich „sozialen“ Regierung umgehängt wird.

Norbert Wohlgemuth

## Kommentar: Die neue Willkommenskultur? Stabile Bevölkerungszahl durch Zuwanderung

Die Bevölkerung ist eine wesentliche Vorgabe für die Raum- und Wirtschaftsentwicklung. In Kärnten ist die Bevölkerungsentwicklung seit langem ein wichtiges Thema. Die Bevölkerungszahl hat längere Zeit abgenommen mit auffallenden Unterschieden zwischen den beiden Oberzentren Klagenfurt und Villach, den umliegenden zentralen Bezirken und den übrigen Randbezirken, oder etwas differenzierender formuliert, dem strukturstarken Zentralraum und der strukturschwachen Peripherie. Die zentralen Bezirke verzeichnen seit den 1980-er Jahren deutliche Zunahmen, während die Randbezirke spätestens seit 2001 deutliche Bevölkerungsabnahmen aufweisen. Mit der anhaltenden Bevölkerungsabnahme geht auch eine Überalterung einher mit einem immer größer werdenden Anteil der 65-Jährigen und Älteren und einer Abnahme der unter 20-Jährigen sowie der 20- bis 64-Jährigen – also jenen Personen im erwerbsfähigen Alter.

Bevölkerungsverluste und Überalterung führen meist zu mangelnder Auslastung und oft Schließung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge wie Schulen, Geschäfte und Dienstleister, Dienststellen, Gemeinschaftseinrichtungen, öffentliche Verkehrseinrichtungen usw. Die kleiner werdende Anzahl von Personen im erwerbsfähigen Alter wird künftig den Arbeitskräftemangel in der Peripherie noch deutlich verstärken. Daher kam vielfach der Wunsch auf, etwas gegen die Abwanderung vor allem junger Leute aus dem ländlichen Raum zu unternehmen. Es stellt sich daher die Frage, ob durch Abwanderungsverhinderung die Bevölkerung in der Peripherie stabil gehalten werden kann.

Die Bevölkerungsentwicklung basiert auf zwei Komponenten: der natürlichen Bevölkerungsentwicklung mit der Geburtenbilanz (Saldo aus Geburten und Sterbefällen) und der Wanderungsbilanz (Saldo aus Zuzügen und Wegzügen). Die Geburtenbilanz nimmt in Kärnten seit Anfang der 1960-er Jahre von einem hohen Ausgangsniveau ständig ab und ist seit der Jahrtausendwende negativ - besonders in den Randbezirken, wo die Bevölkerung allein deswegen mehr als vier Promille pro Jahr abnimmt. Dies ist vor allem auf die Altersstruktur mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil Älterer und einem immer kleiner werdenden Anteil Jüngerer im reproduktionsfähigen Alter zurückzuführen. Diese Tendenz wird sich voraussichtlich längerfristig fortsetzen und eher noch verstärken.

Eine positive Bevölkerungsentwicklung wird daher primär von der Wanderungsbilanz abhängen. Seit Jahrzehnten gab es in den zentralen Bezirken Wanderungsgewinne und in den Rand-

bezirken Wanderungsverluste. Seit der Coronapandemie verzeichnen auch die Randbezirke Wanderungsgewinne, die erstmals 2022 sogar die negative Geburtenbilanz mehr als ausgleichen konnten. Die Wanderungsgewinne insgesamt entstehen im Wesentlichen durch Personen, die aus dem Ausland zugezogen sind. Es handelt sich dabei mit deutlicher Mehrheit um Personen aus EU und EFTA Staaten. Die Binnenwanderungsbilanz war in den Randbezirken bis 2021 durchgehend negativ.

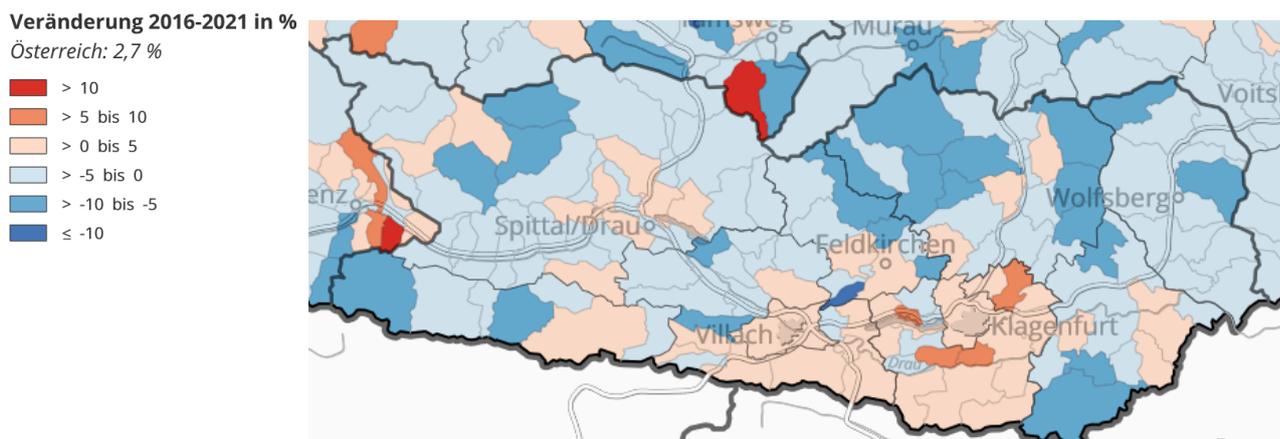
Strebt man für die Nutzung der Infrastruktur sowie für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eine gleichbleibende oder leicht steigende Bevölkerungszahl an, so wird das im Wesentlichen nur über Zuwanderung möglich sein. Ein Ansatz über die Verminderung der Abwanderung junger Erwachsener wird vermutlich nicht erfolgreich sein, da die Wanderungsmotive zum größten Teil von positiven Erwartungen bezüglich der meist städtischen Zuwanderungsorte geprägt sind und nicht von wahrgenommenen Defiziten im ländlichen Raum. Junge Berufseinsteigende, die sich oft in einer Lebensphase mit wenig familiären Verpflichtungen und großer räumlicher Flexibilität befinden, die aus einer überwiegend ländlich geprägten und für sie durchaus mit einer empfundenen Enge und Defiziten belasteten Umgebung in ein urbanes Umfeld migrieren wollen, das ihnen viele Möglichkeiten zur beruflichen und persönlichen Entwicklung verspricht, kann man kaum zum Verbleib im ländlichen Raum bewegen.

Die Zuwanderung in den ländlichen Raum samt seinen Unter- und Mittelzentren ist nach Untersuchungen überwiegend eine Lifestylemigration, bei der eine bessere Lebensqualität erwartet wird mit hoher Umweltqualität, ruhigerem Leben, oft familiären Beziehungen und emotionaler Ortsbezogenheit sowie günstigeren Lebenskosten. Berufsbezogene Zuwanderungsmotive sind weniger wichtig und Berufsausübung mit teilweisem Homeoffice ist seit wenigen Jahren vielfach möglich. Jüngere, beruflich etablierte Rückkehrende, die ihre Kinder in ländlicher Umgebung aufwachsen lassen wollen, wären die idealen Zuwanderer, aber auch andere Berufstätige als fallweise Pendelnde und Pensionierte, die Umfeldqualität und das ländliche Setting schätzen. Um diese Zuwanderung zu unterstützen, könnten z.B. Gemeinden oder auch Vereine mit jungen Abgewanderten in Kontakt bleiben, sich speziell um Betreuungs- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bemühen, Unterstützungsangebote bei Wohnungs- und Jobsuche anbieten aber auch, wenn sie wirklich verfügbar sind, mit den besonderen Rahmenbedingungen und einer neuen Willkommenskultur für Zuwanderung werben.

Rudolf Wastl

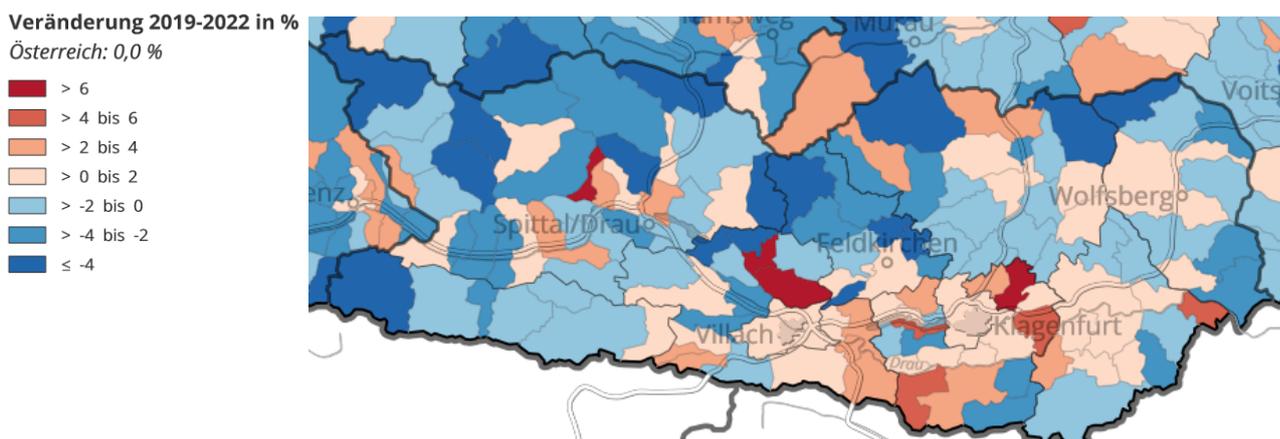
*Dr. Rudolf Wastl ist Lehrbeauftragter am Institut für Geographie und Regionalforschung*

**Karte 1: Veränderung der Bevölkerungszahl zu Jahresbeginn 2016 – 2021**



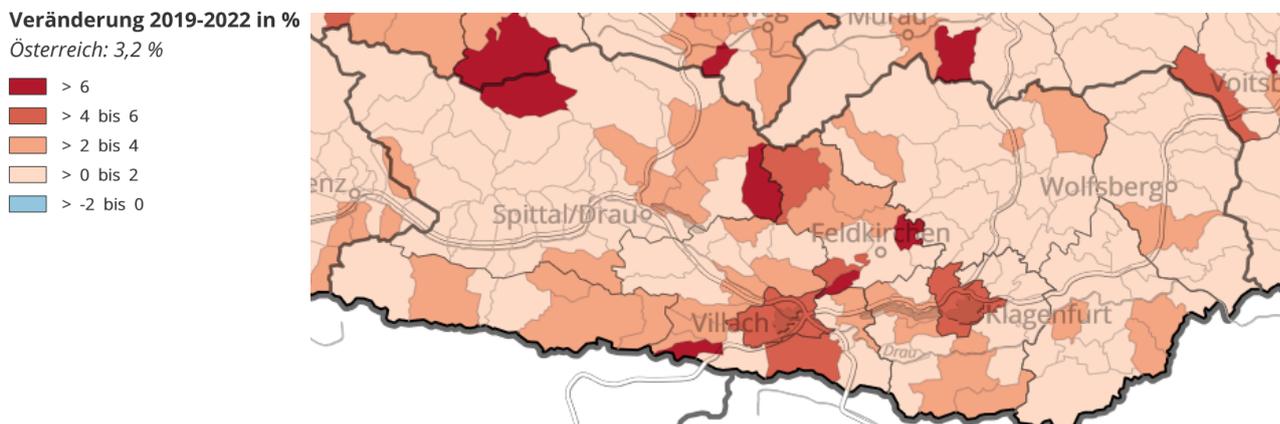
Quelle: Auszug aus ÖROK-Atlas <https://www.oerok-atlas.at/#indicator/9> 14.11.2023

**Karte 2: Veränderung der Bevölkerungszahl durch Binnenwanderung 2019 – 2022**



Quelle: Auszug aus ÖROK-Atlas <https://www.oerok-atlas.at/#indicator/17> 14.11.2023

**Karte 3: Veränderung der Bevölkerungszahl durch Außenwanderung 2019 – 2022**



Quelle: Auszug aus ÖROK-Atlas <https://www.oerok-atlas.at/#indicator/17> 14.11.2023

## Wirtschaftskennzahlen im Überblick

### Bevölkerungsprognose für Österreich nach Bundesländern, 2022, 2050, 2080

	2021	2050	2080
Burgenland	299.968	317.794	327.152
Kärnten	567.196	551.425	527.724
Niederösterreich	1.711.341	1.868.255	1.982.414
Oberösterreich	1.515.781	1.653.891	1.723.582
Salzburg	565.851	609.262	628.089
Steiermark	1.260.016	1.298.756	1.284.499
Tirol	767.795	821.873	829.170
Vorarlberg	404.253	453.627	474.908
Wien	1.960.655	2.278.068	2.457.662
<b>Österreich</b>	<b>9.052.856</b>	<b>9.852.951</b>	<b>10.235.200</b>

Quelle: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/11/20231122BPR2023.pdf>;  
eigene Darstellung KIHS

Gemäß der aktuellen Prognose könnte die Bevölkerung in Österreich zwischen 2022 und 2080 um 13 % zunehmen. Das Wachstum ist dabei ungleich verteilt: Während die Bevölkerung in Kärnten um 7 % abnimmt, wächst sie in Wien um 25 %. Bis 2080 könnte der Anteil der Kärntner Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Österreichs von 6,3 % auf 5,2 % fallen, d.h. um mehr als einen vollen Prozentpunkt. Zwischen 2050 und 2080 dürfte auch die Steiermark einen Bevölkerungsverlust erleiden. Eine detaillierte Alterspyramide findet sich auf [https://www.statistik.at/atlas/bev\\_prognose/](https://www.statistik.at/atlas/bev_prognose/).

### Demographie auf NUTS-3-Ebene 2022

	AT211 Villach- Klagenfurt	AT212 Oberkärnten	AT213 Unterkärnten
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>			
Lebendgeb.	2336	971	1156
Sterbefälle	3375	1524	1874
<b>Wanderungen insgesamt</b>			
Zuzüge	17254	6901	4936
Wegzüge	12605	5789	3884
<b>Wanderungen mit dem Ausland</b>			
Zuzüge	8699	3951	1569
Wegzüge	3467	970	891
<b>Binnenwanderungen</b>			
Zuzüge	8555	2950	3367
Wegzüge	9138	4819	2993

Quelle: Statistik Austria, Demographisches Jahrbuch 2022;  
eigene Darstellung KIHS

### Impressum

**Herausgeber:** KIHS  
**Adresse:** Universitätsstraße 65-67  
9020 Klagenfurt  
**E-Mail:** office@kihs.at  
**Website:** www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 2.12.2023

### Erwerbspersonenprognose für Österreich nach Bundesländern, 2022, 2050, 2080

	2022	2050	2080
Burgenland	147.919	137.806	140.721
Kärnten	282.164	246.017	232.538
Niederösterreich	884.080	878.401	908.223
Oberösterreich	802.169	796.515	809.130
Salzburg	300.349	296.532	298.390
Steiermark	649.662	605.567	591.251
Tirol	404.797	394.253	388.701
Vorarlberg	213.103	218.389	221.396
Wien	1.022.872	1.155.731	1.193.959
<b>Österreich</b>	<b>4.707.115</b>	<b>4.729.211</b>	<b>4.784.309</b>

Quelle: <https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbspersonenprognosen>; eigene Darstellung KIHS

### Inflation im Euroraum und ihre Komponenten, jährliche und monatliche Rate

Schnellschätzung – November 2023, %

	% zu Vorjahresmonat	% zu Vormonat
Gesamtindex Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,4	-0,5
Lebensmittel, Alkohol, Tabak	6,9	0,4
>Unverarbeitete Lebensmittel	6,4	1,1
Energie	-11,5	-2,2
Industriegüter ohne Energie	2,9	-0,1
Dienstleistungen	4,0	-0,9

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

### Makroökonomische Indikatoren aktuelle Prognosen für 2023

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%)*	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbalance (% BIP)
USA	2,4	4,1	3,9	-2,8	-6,3
China	5,5	0,7	5,0	1,8	-3,8
Japan	2,0	3,2	2,6	2,9	-5,1
Großbritannien	0,4	6,8	4,3	-3,2	-3,5
Kanada	1,1	4,0	5,7	-0,4	-1,3
Euroraum	0,7	5,5	6,5	2,2	-3,4
Österreich	-0,3	7,7	5,5	2,6	-2,4
Frankreich	0,9	5,7	7,3	-1,3	-5,0
Deutschland	-0,2	6,0	3,0	5,5	-2,4
Italien	0,7	6,1	7,4	0,7	-5,3
Schweiz	0,8	2,2	2,1	7,4	-0,7
Schweden	-0,6	6,0	7,4	4,6	-0,3
Dänemark	1,5	3,8	2,9	11,1	1,5
Russland	1,1	6,2	2,9	2,8	-2,7
Israel	0,9	4,3	3,3	5,4	-4,9
Argentinien	-1,8	135,2	6,2	-3,0	-4,8

\*aktuellster verfügbarer Monatswert  
Quelle: The Economist; 2. Dezember 2023  
eigene Darstellung KIHS